

Zeitschrift: Zoom : Zeitschrift für Film
Herausgeber: Katholischer Mediendienst ; Evangelischer Mediendienst
Band: 40 (1988)
Heft: 6

Artikel: Schwere Zeiten für kleine Zeitungen
Autor: Hersche, Otmar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-931467>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Otmar Hersche

Schwere Zeiten für kleine Zeitungen

Unsere direkte und föderalistisch organisierte Demokratie war lange Zeit verbunden mit dem Konzept einer vielfältigen politischen Meinungspresse. Die verschiedenen Parteien, Konfessionen und Regionen produzierten ihre Zeitungen, um ihre Anliegen und Interessen in den politischen Prozess einzubringen. Die grundsätzlichen staats- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts stimulierten den publizistischen Gründungsseifer und Wettbewerb. Die Auflagen waren im allgemeinen und verglichen mit heutigen Verhältnissen bescheiden. Zwischen Pressevielfalt und Informations- und Meinungsvielfalt sah man direkte Zusammenhänge. Die Zeitungen und ihre Leser bildeten so etwas wie «Lebensgemeinschaften». Die journalistische Leitfigur war der Leitartikler, eine Kombination von Weltbeobachter, Welterklärer und Chefideologe. Meistens einmal pro Woche hob sich diese Gestalt von den Niederungen der Tagesgeschäfte ab, um aus höherer Warte Gültiges für sein Publikum zu formulieren.

Ein Leitartikler von altem Schrot und Korn war Johann Baptist

Rusch (1886–1954), ein Appenzeller, ein Feuerkopf und unabhängiger Geist. 1911 wurde er an das eben gegründete «Aargauer Volksblatt», Organ der katholisch-konservativen Partei, berufen. Ein einziger Redaktor für eine Tageszeitung: Das musste damals genügen. 1917 zog Rusch Bilanz über Aufwand und Ertrag seiner Tätigkeit:

- «Die ununterbrochene Führung einer Tageszeitung als alleiniger Redaktor mit nur zeitweiliger Mitarbeit. Gehalt: die ersten zwei Jahre monatlich 250 Franken mit Zuschuss von 50 Franken jeden dritten Monat, hernach monatlich 300 Franken während der ganzen Teuerungszeit des Krieges!
- Der Wiederaufbau der gänzlich darniederliegenden Volksvereinsorganisation des Kantons mit insgesamt 178 Vorträgen – ohne Entschädigung.
- Der Aufbau der christlich-sozialen Organisation des Kantons mit, abgesehen von vielen Versammlungsführungen, 126 Vorträgen – ohne Entschädigung.
- Die Führung der Korrespondenz eines kantonalen Parteisekretariats mit einer Unmenge selbst-bezahlter Telefone und insgesamt 47 Vorträgen – ohne jede Entschädigung.»

Die vorliegende Tätigkeitsliste stellt keinen Einzelfall dar. Die bescheidene Würde des Redaktors war verbunden mit einer beträchtlichen Aufgabenbürde für Partei und Kirche. Kein Einzelfall ist auch die Enttäuschung, die in der zitierten Stelle zum Ausdruck kommt. Rusch fühlte sich in zunehmendem Masse ausgebeutet von Klerikern und Parteibonzen. Zudem isolierte er sich mit seiner dezidiert kritischen Haltung gegenüber Deutschland – zur Zeit des Ersten Weltkriegs! In einem Ultimatum wurde er von den Herausgebern aufgefordert, «für eine der Neutralität besser entsprechende Haltung des Blattes» besorgt zu sein, ferner «die

Bureaustunden nicht nur vormittags, sondern auch nachmittags» einzuhalten. Gegen Ende 1917 kam es zum Bruch. Rusch wurde Redaktor und später Herausgeber der «Schweizerischen Republikanischen Blätter», einer Wochenzeitung, die besonders zur Zeit des Zweiten Weltkriegs grosse Beachtung fand. Aufschlussreich ist der Abschiedsartikel vom 30. November 1917 im «Aargauer Volksblatt»:

«Gestern hat man uns die Ankunft des neuen Redaktors angemeldet, und wir beeilen uns, nach Empfang dieser fröhlichen Botschaft, dem Herren Platz zu machen. Ihn den Lesern vorzustellen, ist nicht unsere Aufgabe. Wir wünschen unserem verehrten Herrn Nachfolger, der ein tüchtiger und braver und dazu mit dem Doktorhut versehener Mann ist, etwas mehr Elastik in dem Rückgrat, als wir es hatten, etwas mehr Vergesslichkeit über die Wechsel der Anschauungen und die Vorträge hinter den Kulissen und die Geduld und Gelassenheit eines heiligen Philipp Neri – dann wird's schon gehen. Als St. Galler, die seit uralter Zeit der Herrschaft näher und mit ihr besser stunden als wir Appenzeller, wird er es besser verstehen, mit den Olympiern der alten Landvogtstadt Baden zu verkehren und sich ihre zum aargauischen Leben notwendige Huld und Gnade zu erhalten, als wir es konnten, die wir den Umgang mit Herrenvolk als Geissbub beim lieben Vieh auf den heimischen Alpen lernten ...»

Dr. August Bärlocher, der Nachfolger von Johann-Baptist Rusch, redigierte das «Aargauer Volksblatt» von 1917 bis weit in die 60er Jahre.

Überlebensstrategie

Als ich 1962 meine erste Redaktorenstelle beim «Aargauer Volksblatt» antrat, war August Bärlocher noch im Amt. Unermüdlich verfasste er seine Be-

richte und Betrachtungen, seine Nekrologe für prominente Politiker, Geistliche und Geschäftsleute. Die jüngeren Journalisten, die damals engagiert wurden, mokierte sich über ihn und seinen pathetischen Verkündigungsstil; auf der anderen Seite bewunderten sie ihn auch. Der leitartikelnde Redaktor als Zentrum der Meinungspresse, als Patriarch und graue Eminenz, als einer, der mehr wusste als die andern, und der sein Wissen mündlich und schriftlich verbreitete – diese eigenartige Figur verschwand endgültig im Laufe der 60er Jahre. Zur gleichen Zeit änderte sich das Profil der Zeitungen. Im Sinne der Spezialisierung und Arbeitsteilung wurden die Redaktionen ausgebaut. Der Inseratenteil spielte eine immer grössere Rolle – heute kommen gegen 80 Prozent der Einnahmen einer Zeitung aus der Werbung. Viele Zeitungen mussten aufgeben, oder sie fusionierten mit andern. Neue Blätter entstanden, die mit den traditionellen inhaltlich und formal nichts mehr zu tun hatten. Kostenexplosion und Pressekonzentration waren grosse Themen – nicht bloss in unserem Land.

Das «Aargauer Volksblatt» leitete eine Überlebensstrategie ein, die in den folgenden Jahren konsequent weiter entwickelt wurde: massvolle Investitionen im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten und nach Art des vorsichtigen Hausvaters und kostensenkende Massnahmen bei der Produktion, selbst wenn solche Massnahmen negative Wirkungen hatten für die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitung. Bereits in den 60er Jahren wurde der sogenannte Mantelteil (Ausland-, Inland- und verschiedene Spezialseiten) von den «Neuen Zürcher Nachrichten», später von der «Ostschweiz» bezogen. Seit einigen Jahren ist das Luzerner «Vater-



Otmar Hersche, geboren 1934. Rund 12 Jahre für Zeitungen tätig, als freier Journalist, als Redaktor am «Aargauer Volksblatt», als Chefredaktor der Luzerner Tageszeitung «Vaterland». Bei der SRG wirkte er unter anderem als Programmdirektor Radio, Regionaldirektor DRS, Chef der DRS-Tagesschau. Heute leitet er das Ressort Gesellschaft am Radio DRS.

Zu den *Besitzverhältnissen im Print-Bereich* vgl. den Artikel von Jürg Frischknecht «Die Gemischtwarenhändler kommen» (ZOOM 16/86) sowie das Editorial von Urs Jaeggi zur Übernahme des Verlages Jean Frey durch den Branchenfremdling, Finanzfachmann und Industriellen Werner K. Rey (ZOOM 17/87).

land» Hauptlieferant. Der Sportteil kommt vom «Badener Tagblatt». Beim «Badener Tagblatt» erfolgt auch der Druck, zusammen mit dieser Zeitung wurde der Vertrieb neu aufgezo-gen, das Inseratengeschäft wird gemeinsam abgewickelt. Die Statistik von 1986 weist für das «Aargauer Volksblatt» einen durchschnittlichen täglichen Umfang von 38 Seiten aus, 20 Seiten Inserate und 18 Seiten redaktioneller Teil, davon werden acht Seiten von aussen bezogen, und für die zehn eigenprodu-

zierten Seiten (Lokales, Regionales und Angebote für einzelne Publikumsgruppen) stehen acht Redaktoren zu Verfügung. Der Betrieb ist auf neuem Stand – Lichtsatzsystem und eigene Reproabteilung. Die Zeitung erscheint in relativ moderner Aufmachung. Allerdings stagniert die Auflage seit Jahren bei etwas mehr als 8000 Exemplaren. Dagegen konnte das «Badener Tagblatt» kontinuierlich wachsen, von 14 100 Exemplaren im Jahre 1961 auf mehr als 40 000 Exemplare heute.



Leitartikler von altem Schrot und Korn: Johann Baptist Rusch (1886–1954), von 1911–1917 Alleinredaktor am «Aargauer Volksblatt». – Bild rechts: Gesundheitskrümpfen oder Presse-«Waldsterben» – im einen wie dem andern Fall geht es um die Existenz der politischen Meinungspresse.

Die enge geschäftliche, betriebliche und redaktionelle Verbindung beider Organe wirkt wie ein Bündnis zwischen David und Goliath. Noch vor wenigen Jahren wäre eine solche Kombination undenkbar gewesen. Offen ist die Frage, wie weit man beim «Aargauer Volksblatt» noch von einem «selbständigen Blatt» sprechen kann, – offen ist auch die Perspektive, ob die erfolgte Teilfusion bloss Vorstufe einer vollständigen Fusion ist. Sicher ist jedenfalls, dass diese Überlebensstrategie für die betroffene Redaktion einen erheblichen Preis hat: Zum Beispiel wird die inhaltliche und formale Gestaltungsfreiheit durch den fremdproduzierten Mantelteil eingeschränkt; der gemeinsame Druck mit dem «Badener Tagblatt» bringt es mit sich, dass der Redaktionsschluss vorgezogen werden muss – mit allen negativen Konsequenzen, die sich daraus für die aktuelle Information ergeben.

Heimliche Konzentration

Das «Aargauer Volksblatt» wird hier zitiert als Beispiel für den Überlebenskampf einer kleinen politischen Meinungszeitung. Es ist auch ein Beispiel für den Prozess der Pressekonzentration, der sich ohne Aufsehen, still und heimlich unter der Oberfläche der vielen Zeitungstitel abspielt. In den letzten 20 Jahren gab es bei der Tagespresse einige Turbulenzen, viele Blätter mussten aufgeben. Darunter befinden sich spektakuläre Fälle wie die «Tat», die «Neue Presse», das «Journal du Valais», die Fusionen rund um die Bildung der «Berner Zeitung» und der «Basler Zeitung». Dazu kamen Änderungen bei den kleinen Zeitungen, die Ernst Bollinger in seinem Buch «La Presse Suisse» (1986) so zusammenfasst:

«Von den Fusionen unter grossen Tageszeitungen abgesehen, waren alle verschwundenen Zeitun-

gen mehr oder weniger parteigebunden oder zumindest politisch engagiert; ihr Leserpublikum war demzufolge beschränkt. Am stärksten betroffen waren kleinere katholische, freisinnige und sozialistische Blätter, dazu die früheren BGB-Zeitungen (BGB = Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei/Red.). Gerettet durch Übernahme oder Umwandlung in Kopfblätter wurden einige bürgerliche, freisinnige und katholische Zeitungen, sofern sie in der Nähe einer grösseren, in der Regel dominierenden Tageszeitung herauskamen, welche die gleiche politische Richtung vertrat...»

Während die Titelzahl bei den kleineren, nicht täglich erscheinenden Zeitungen deutlich abgenommen hat, stabilisierte sich die Tagespresse bei rund 120 Titeln, bei einer Zahl, die schon vor 20 und 30 Jahren in der einschlägigen Literatur erscheint. Allerdings: 40 von diesen 120 Titeln stehen für Regionalausgaben, für sogenannte «Kopfblätter», für Zeitungen, die wirtschaftlich, technisch, redaktionell vollständig von anderen abhängig sind. Nur rund 80 Titel werden von Ernst Bollinger noch als «selbständig» definiert, wobei man auch da in vielen Fällen ein Fragezeichen machen müsste. So wird zum Beispiel das «Aargauer Volksblatt» als «selbständige» Zeitung aufgeführt. Die grosse Auflage konzentriert sich immer mehr auf immer weniger Titel. Die 12 grössten Zeitungen – also nur zehn Prozent aller Titel – haben 55,5 Prozent der Gesamtauflage aller Tageszeitungen im Griff. Rund 30 sogenannte selbständige Tageszeitungen haben Auflagen zwischen 2500 und 10000 Exemplaren. Es sind kleine Blätter, Zwergblätter im heutigen Angebot. Sie machen 25 Prozent aller Titel aus; ihr Auflageanteil beträgt noch 8,6 Prozent. Mindestens die Hälfte dieser kleinen Organe ist



in der Existenz gefährdet. Leider wird von solchen Vorgängen kaum noch geredet. Der publizistisch-politische Wettbewerb, der in Festreden noch gefeiert wird, kann nicht mehr spielen. Die Kräfte- respektive Auflagenverhältnisse haben sich einseitig nach den Regeln kommerzieller Warenproduktion verlagert. Die äussere Pressevielfalt ist unterlaufen durch eine weit fortgeschrittene und weiter fortschreitende heimliche Pressekonzentration.

Politische Meinungspresse in der Defensive

In seinem Buch über die «Parteien in der Schweiz» (1977) versuchte Erich Gruner noch, aus den Auflagezahlen der politischen Meinungspresse Angaben über Sympathisanten und Wähleranteile der Parteien abzuleiten. Solche Rechnungen sind heute sinnlos. Zum grossen Teil haben sich die Zeitungen von ihren traditionellen Bin-

dungen gelöst. Die Parteien selber änderten ihre Konzepte. Die Zahl der Stammwähler ist deutlich rückläufig. Der Anteil der Gelegenheitswähler nimmt zu. Die Parteien bemühen sich, mit eigenen Informationsmitteln, zum Beispiel mit Bulletins, Spezialpublikationen und Inseraten, die Öffentlichkeit zu erreichen. Die parteipolitischen Exponenten und Themen sollen in möglichst vielen Medien erscheinen. Auch für den einzelnen Politiker hat das Stammbblatt nicht mehr die Bedeutung, die es noch vor wenigen Jahren hatte. Um das vorhin zitierte Beispiel weiter auszuführen: Für einen CVP-Politiker im Kanton Aargau ist es wichtiger, im auflagestarken «Badener Tagblatt» oder im grossen «Aargauer Tagblatt» Beachtung zu finden als im kleinen CVP-Organ «Aargauer Volksblatt». Die Symbiose von Zeitung und Partei, die die Grundlage bildete bei der Gründung der meisten Zeitungen, ist zerstört.

Versucht man – mit vielen Vorbehalten und Einschränkungen – eine politische Einteilung aufgrund der geschichtlichen Entwicklung und der vermuteten redaktionellen Tendenz, so ergibt sich bei den Tageszeitungen folgendes Bild: Als FdP-nahe Blätter können noch etwa 40 Titel gelten, mit einem Anteil von 25 Prozent an der Gesamtauflage aller Tageszeitungen; als CVP-nahe Zeitungen können etwa 20 Titel bezeichnet werden (Kopfbblätter mitgerechnet), mit einem Auflageanteil von zehn Prozent; die sozialdemokratische Presse besteht aus zirka neun Titeln, mit einem Auflageanteil von zwei Prozent. Weitaus den grössten Auflageanteil, nämlich mehr als 60 Prozent, haben die parteipolitisch unabhängigen, die sogenannten «neutralen» Tageszeitungen, Organe also, die in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die Ausnahme waren.

Unbestritten ist, dass die sozialdemokratische und die CVP-

nahe Presse am meisten Schwierigkeiten hatte und hat. Das hängt damit zusammen, dass das Profil dieser Zeitungen nach einem Wort von Ulrich Saxer «anforderungsreicher» und damit auch exklusiver ist als das allgemeine liberale Bekenntnis der meisten auflagestarken Organe. Es hängt auch mit den Gesetzmässigkeiten des Werbemarktes zusammen. Bei den CVP-Blättern wirken sich die dezentrale Verbreitung und der schwache Deckungsgrad in den Agglomerationen, bei den sozialdemokratischen die kleinen Auflagezahlen und die wirtschaftskritische Haltung negativ aus.

Dazu kommen interne, klimatische Eigenheiten. Aus eigener Erfahrung kenne ich allerdings nur die Verhältnisse im CVP-Milieu. Kirchliche und parteipolitische Instanzen, die sich in die laufenden Geschäfte der Zeitung einmischen, sind keine Seltenheit. Journalisten sind als Steigbügelhalter der Prominenz beliebt; eigenständige kritische Köpfe sieht man nicht gerne. Johann Baptist Rusch hat seine diesbezüglichen Erfahrungen im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in den Lebenserinnerungen «Am Webstuhl der Zeit» formuliert. Auffallend ist, wie stark Enttäuschung und Resignation auch heute verbreitet sind. Dort aber, wo aktive Unterstützung nötig gewesen wäre, versagten häufig die sogenannten «nahestehenden Kreise». Wie ist sonst der unaufhaltsame Abstieg der früher einmal angesehenen «Neuen Zürcher Nachrichten» zu erklären? Oder wo waren die CVP-Politiker bei der Sanierung ihres «Bündner Tagblatts»? Warum musste hier der SVP-Politiker Christoph Blocher das Heft in die Hand nehmen?

Und was ist beim «Vaterland» geschehen? Dieses «CVP-Zentralorgan» löste sich zu Beginn der 70er Jahre von alten dog-

matischen Verkrampfungen und pflegte im Geiste kirchlicher und politischer Erneuerung einen offenen Kurs. Es kam die Periode Richenberger-Schlapp, es wurde betrieblich und redaktionell investiert wie nie zuvor, doch ein nachweisbarer Erfolg stellte sich nicht ein. Die vielzitierte «Unabhängigkeitserklärung» (keine «CVP-Prawda») wurde in der Innerschweiz nicht honoriert. In der engen und harten Konkurrenz mit dem «Luzerner Tagblatt» und mit den «LNN» blieb das «Vaterland» auf dem angestammten Platz. Eine Auflagesteigerung fand nicht statt. Feststellbar waren im Gegenteil Profilierungsnöte und politische Legitimierungsprobleme. Es scheint, dass sich nun nach den personellen Wechslen (sowohl Schlapp wie Richenberger haben das «Vaterland» verlassen) die Lage einigermaßen konsolidiert hat, allerdings auf einem Auflagestand, der deutlich unter jenem der 70er Jahre liegt.

Diese Fragen habe ich aufgeworfen, weil die Darstellung struktureller Veränderungen in unserer Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zwar wichtig, aber nicht ausreichend ist zur Erklärung dessen, was sich im Laufe der letzten Jahrzehnte im Preswesen abgespielt hat. Die Geschichte vom Rückgang der politischen Meinungspresse ist unter anderem auch die Geschichte verpasster Chancen, personeller Fehlentscheide, politischer Interventionen, persönlicher Intrigen.

Tendenz zu «unabhängigen» Forumszeitungen

Inzwischen hat sich die Szenerie radikal verändert. Der publizistische Wettbewerb unter den Zeitungen ist zum gnadenlosen Kampf um Marktanteile, um Leser- und Inseratenanteile ausge-

artet. Ein paar wenige Konzerne, die die Zeitung als kommerzielle Ware produzieren und propagieren, geben den Ton an. Zu reden wäre in diesem Zusammenhang nicht bloss von Zeitungen, sondern von allen Geschäften der Medienmultis: von Zeitschriften und Illustrierten, von Aktivitäten in der Werbung, im elektronischen Bereich, von internationalen Verflechtungen. Die kleine politische Meinungspresse steht da auf verlorenem Posten. Ihre Situation wird zusätzlich belastet durch Gratisanzeiger und (möglicherweise) durch die Entfaltung privater elektronischer Medien im Lokalbereich.

Dazu kommen Veränderungen des Erscheinungsbildes. Noch vor wenigen Jahren traten die Zeitungsartikel bieder vier-spaltig und in Einerkolonnen an die Öffentlichkeit. Jetzt ist die Aufmachung vergleichsweise raffiniert, grosse Titel und Schlagzeilen, Lead-Zeilen und thematische Gliederung der Artikel, lange und kurze Beiträge gemischt, Fotos, Schriftwechsel und grafische Signale. Die ganze Zeitung soll abwechslungsreich und kurzweilig sein. Nicht die protokollarische Spiegelung der Realität ist das Ziel, sondern die «Aufbereitung» der Realität in eine leicht verständliche Zeitungs-Realität. Journalistische Leitfiguren sind der Nachrichten-Spezialist, der Reporter und der recherchierende Journalist. Mit der Ausweitung des redaktionellen Sortiments will man verschiedene Publikumsgruppen erreichen. Zwischen wirtschaftlicher Kapazität und redaktioneller Leistungsfähigkeit bestehen direkte Zusammenhänge. Politische Bekenntnisse und Kontroversen haben höchstens noch untergeordnete Bedeutung. Da fast alle Zeitungen «unabhängig» sein wollen, müssen sie sich auch verschiedenen politischen Richtungen

öffnen. Die Idee einer vielfältigen, parteilichen, sich wechselseitig ergänzenden und korrigierenden Presse scheint mehr und mehr überholt zu sein. Die innere Vielfalt des Blattes soll weitgehend die äussere Vielzahl der Blätter ersetzen. Dies lässt sich mindestens als Tendenz beobachten. In Einzelfällen macht die Bevölkerung Widerstand, etwa bei den Fusionen rund um die «Basler Zeitung» oder bei redaktionellen Änderungen in den «Luzerner Neuesten Nachrichten». Doch der Anpassungsdruck der geschilderten Prozesse war stärker als der Protest.

Dauerbrenner Presseförderung

Im Oktober 1986 reichte der Zürcher SP-Nationalrat Sepp Stappung eine parlamentarische Initiative zur Ergänzung des Postverkehrsgesetzes ein. Bezweckt wird die Presseförderung via Posttaxen. Bereits heute besteht eine indirekte PTT-Subvention zugunsten der Zeitungen in der Grössenordnung von mehr als 200 Millionen Franken jährlich. Es gelten differenzierte Posttarife für kleinere Zeitungen bis 20000 und für grössere über 20000 Exemplare. Die Initiative wollte die vorhandenen Regelungen legalisieren und verfeinern: Die reduzierten Tarife sollten an gewisse Auflagen geknüpft werden. Veröffentlichung der Gewinn- und Verlustrechnung, Informationen über die Besitzverhältnisse, Nachweis der vertraglichen Situation mit Garantie für die redaktionelle Unabhängigkeit. Mit diesem Forderungskatalog beabsichtigte Stappung in erster Linie, die wirtschaftlich gefährdete politische Presse zu unterstützen. Eine vorberatende Nationalratskommission lehnte am 22. Juni 1987 den Vorstoss als

«zu weitgehend» ab. Hingegen soll als Ersatz eine Motion vorbereitet werden mit dem Ziel, im Postverkehrsgesetz «die Leistungen und Tarife der PTT zur Erhaltung einer vielfältigen Presse» zu regeln. Mit einem Postulat soll ausserdem die Frage geprüft werden, ob für abonnierte Zeitungen der Gratistransport von maximal 10000 Exemplaren eingeführt werden könnte.

Was aus diesen politischen Vorschlägen resultiert, ist abzuwarten. Skepsis ist angebracht. Im März 1986 lehnte der Nationalrat einen Pressförderungsartikel in der Bundesverfassung ab. Der Schweizerische Verband der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger stellte sich in einer Resolution vom 24. Februar 1986 allen Massnahmen entgegen, die die internen verlegerischen und redaktionellen Verhältnisse tangieren. Verlangt wurden in erster Linie Verbesserungen bei der Zeitungszustellung per Post. Selbst die Arbeitsgemeinschaft der Lokal- und Regionalpresse, die rund 60 kleinere Blätter umfasst, taxierte die damals vorgesehene staatliche Presseförderung als interventionistisch, überflüssig und schädlich. Das Thema liegt also pendent auf dem Tisch. Diskutiert werden seit Jahren die gleichen Anliegen: Posttarife, Zeitungszustellung, Erleichterung bei der Textübermittlung, Ausbildungsmassnahmen, steuerliche Erleichterungen, Unterstützung bei Investitionen, Druckaufträge der öffentlichen Hand, Vergütung amtlicher Publikationen, einschränkende Werbebestimmungen bei den elektronischen Medien zugunsten der Presse. Der Erfolg der politischen Ideenbörse ist bescheiden. Der massive Konzentrationsprozess konnte nicht aufgehoben werden.

Pressepolitische Alternative

Die Pressekonzentration ist ein chronischer Prozess, der sich kontinuierlich unter der Oberfläche abspielt. Spektakuläre Fälle, die mit Schlagzeilen die breite Öffentlichkeit aufrütteln, sind selten. Die Situation wird in zunehmendem Masse unübersichtlich. Die Kooperationen, Koordinationen, Teilfusionen und Fusionen, die sich hinter den Kulissen ereignen, sind in ihren unternehmerischen und redaktionellen Auswirkungen schwer abzuschätzen. Generelle Diagnosen sind nicht mehr möglich. Pressepolitische Auseinandersetzungen sind in den Hintergrund getreten. Im gleichen Masse wie die Zeitungen zu «ihren» Parteien sind offensichtlich die Parteien zu «ihren» Zeitungen auf Distanz gegangen.

Mit voller Hingabe widmen sich dagegen die Parteien den elektronischen Medien, einer Tätigkeit, die auch viele Zeitungsredaktionen über alles lieben, weil sie von den eigenen Schwierigkeiten ablenkt. Es scheint sogar, dass die alte Idee vom freien Spiel der Pressekräfte nun auf die Ebene der elektronischen Medien verschoben wird. Die Pressekonzentration hat den Wettbewerb selbständiger Zeitungen grundlegend verändert. Durch die teilweise Privatisierung von Radio und Fernsehen soll jetzt eine neue Vielfalt entstehen. Es ist voraussehbar, dass diese beabsichtigte neue Entwicklung bloss die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Machtkonstellationen stärkt.

Pressepolitische Auseinandersetzungen, die sich mit möglichen Steuerungsmassnahmen befassen müssten, werden hierzulande hauptsächlich durch die Tatsache blockiert, dass Zeitungen privatwirtschaftliche Produkte sind. Wie andere Waren

müssen sie sich in der Konkurrenz und auf dem Markt behaupten. Wenn eine Zeitung Auflage verliert, gilt dies als Zeichen, dass sie vom Publikum nicht mehr gewünscht wird. Es habe wenig Sinn, ein unerwünschtes Produkt künstlich am Leben zu erhalten. Nach traditioneller Auffassung könne sich das, was die Gesellschaft wolle, in einer freien Gesellschaft durchsetzen. Dem wäre entgegenzuhalten, dass der Marktmechanismus zur Erhaltung einer vielfältigen Presse allein nicht genügt. Die Kräfte und Gewichte haben sich nachweisbar einseitig verlagert.

Erlaubt sei schliesslich die Frage, ob die Loslösung von traditionellen parteipolitischen Bindungen und die fortschreitende Konzentration nicht zu neuen Abhängigkeiten geführt haben. Wenn man davon ausgeht, dass unsere Demokratie eine vielfältige Presse braucht, ist die gegenwärtige Lage unbefriedigend, wohl sogar alarmierend. Die Pressevielfalt wird nicht automatisch gesichert. Pressepolitische Auseinandersetzungen müssten hier ansetzen. Die Alternative ist klar:

- Man lässt wie bisher im Sinne einer klassischen Marktwirtschaft den Prozess laufen. Die Pressekonzentration wird weiter zunehmen.
- Man setzt politische Prioritäten. Unsere Demokratie braucht eine vielfältige Presse (wobei die Idee der Pressevielfalt heute neu definiert werden müsste). Staatliche Massnahmen sind unumgänglich.

Die Entwicklung ist auch in unserem Land weit fortgeschritten. Kurskorrekturen sind aber – vermutlich – noch möglich. ■

Marc Valance

Ziemlich zahmes Untier

Zu Schertenleibs Hörspiel «Im Herzen der Bestie»

Zunächst einmal: perfekte, spiegelnde Oberfläche. Chromglanz. Eine Sprache ohne Makel, wie man sie einem Autor aus dem alemannischen Kulturraum gar nicht zutraut. Keine Helvetismen, überhaupt keine Wörter aus der süddeutschen Provinz. Einmal hört man «Kork» anstatt «Korken» sagen, doch das fällt bloss auf, weil es sonst keine Unebenheiten in dem Hochglanz gibt. Schertenleibs Figuren haben «die Hosen gestrichen voll» und rufen «Nicht schon wieder!», wenn's ihnen zuviel wird. Er schreibt eine Sprache, die man als deutschen «mainstream» bezeichnen könnte. Sie reicht überall hin, wo man «Stern» und «Spiegel» liest, und wird überall bis aufs letzte Wort verstanden. Beeindruckend brillant. Aber auch stromlinienförmig. Sprache, die nicht reibt, die eingeht ohne Widerstand. Man schluckt Schertenleibs Sätze zunächst als «Sprache an sich» und überlegt erst hinterher, was sie eigentlich heissen.

Dass die Oberfläche dieses Hörspiels so blendet, liegt jedoch nicht an der Sprache allein, sondern auch an ihrer Umsetzung. Peter Pasetti, Herbert Grönemeyer, Peter Fricke, Cornelia Froboess zelebrieren

Schertenleibs Text nach allen Regeln der «Schauspielkunst»: ordinär, wenn Sie ihn fertig macht; schnoddrig, wenn Distanz gehalten werden muss vom inneren Abgrund; atemlos, wo es Beklommenheit zu markieren gibt; hektisch, wenn er durchdreht. Man lauscht Froboess', Grönemeyers, Pasettis Registern, als wäre es Musik. Wohlklang. Aber dann hört man die falschen Töne. Cornelia Froboess' geradezu ariose Sprachmelodiekünste, Grönemeyers Schnellsprechstückchen, Pasettis absichtsvoll am falschen Ort plazierte Sprechpausen – sie sind sprecherische Gestaltungsmittel, gewiss, hier aber verwendet zum mechanisch angewandten Masche. Der Wohlklang nimmt sich selbst auf den Arm. Hört man noch genauer hin, so entpuppt sich der sprecherische Glanz als Routine. Die Sprecher sind in den Text nicht eingedrungen, stellenweise beherrschen sie ihn nicht. Mit Virtuosität schummeln sie darüber hinweg. Register und Wohlklang kleistern sie darüber, damit man's weniger hört. Und die Regie lässt alles durch. Sogar richtige Hänger sind stehengeblieben: «Jetzt stand er in der Mitte (Pause) der Runde (Pause) und balancierte eine Flasche Rotwein.» Einen Runden gibt es aber nicht in Schertenleibs Stück.

Verstopft einem die Opulenz der sprecherischen Gestaltung nicht mehr die Ohren, hört man plötzlich auch falsche Töne im Text. Sätze, in denen sich die

Im Herzen der Bestie

Hörspiel von Hansjörg Schertenleib
Regie: Heinz Dieter Köhler
Produktion: WDR 1987, 52 Minuten
Ausstrahlung: Dienstag, 22. März, 20.00 Uhr; Zweitsendung: Samstag, 26. März, 10.00 Uhr, auf DRS 2.